8. Oktober 2026
#21 / 2026

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 4120

Was wäre, wenn?

Immobilien. Es klingt verlockend: konstante oder sogar sinkende Mieten – und das mitten in Berlin. Doch die derzeit viel diskutierte Vergesellschaftung von Wohnungen hat ihren Preis. Berlins Schuldenberg würde sich erheblich vergrößern, es gäbe noch weniger Spielraum für andere dringend nötige Investitionen. Außerdem würde der Wohnungsmangel in der Hauptstadt dadurch nicht gelindert, im Gegenteil: Investoren dürften sich nicht nur in Berlin, sondern bundesweit zurückziehen, sagt IW-Immobilienexperte Michael Voigtländer im iwd-Interview. → *Seiten 2–7*

Digitalisierung
Die Arbeitsvermittlung über eine digitale Plattform bietet inzwischen fast vier Millionen Bundesbürgern eine flexible zusätzliche Einkommensquelle.
→ *Seiten 10–11*

IW-Konjunkturprognose
Die deutsche Wirtschaft wächst in diesem Jahr stärker als zuvor erwartet. Der Beginn eines breit angelegten Aufschwungs ist das allerdings nicht.
→ *Seiten 12–13*

Weitere Themen +++ Green-Tech-Exporte +++ Hochschule +++ Top-Liste: Frauen in den Landtagen +++ Zahl der Woche: Gamesbranche

Die Kosten der Enteignung

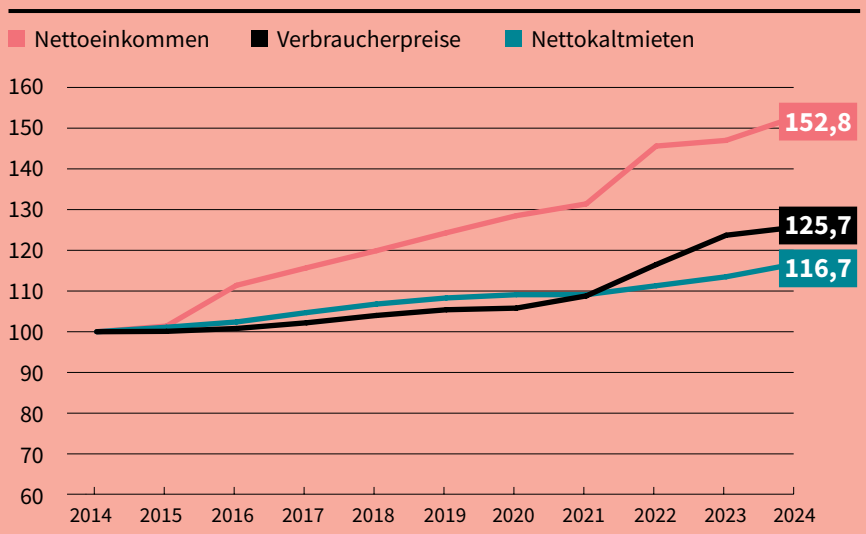
Immobilien. *Käme es in Berlin zur Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen, hätte das massive Konsequenzen, die weit über die Hauptstadt hinausreichen. Zudem würde eine Enteignung in keiner Weise den Berliner Wohnungsmarkt entspannen.*

In Berlin ist, wie in vielen anderen Metropolen auch, der Wohnraum knapp. Seit 2017 ist die Zahl der Wohnungsinserate in der Hauptstadt stark rückläufig, während die durchschnittlichen Angebotsmieten in diesem Zeitraum von 10 Euro je Quadratmeter auf zuletzt knapp 17 Euro gestiegen sind. Im Jahr 2025 wurden in Berlin gut 11.000 Wohnungen fertiggestellt, nötig wären aber mit etwa 32.200 fast dreimal so viele gewesen. Für den Zeitraum 2026 bis 2030 prognostiziert das IW einen jährlichen Bedarf von etwa 25.500 Wohnungen. Dass nicht so viel gebaut werden wird, ist jetzt schon absehbar (Grafik Seite 3):

Im Jahr 2024 erreichte die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen in Berlin nur rund 30 Prozent des tatsächlichen Wohnungsbedarfs.

Berlin: Einkommen steigen stärker als die Mieten

So entwickelten sich die Lebenshaltungskosten, die Mieten sowie die Nettoeinkommen in Berlin, 2014 = 100



Quellen: Investitionsbank Berlin, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Perspektivisch bedeutet dies, dass sich die Lücke zwischen Wohnungsbedarf und -bestand weiter vergrößert – wie übrigens in vielen anderen deutschen Großstädten auch.

Mit dem Wahlsieg der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus rückt nun eine Idee wieder ins Zentrum der Diskussion: die Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen. Im September 2021 stimmten knapp 58 Prozent der gut 1,7 Millionen Wähler dem Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ zu. Er sieht vor, dass jedes Unternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen vergesellschaftet, also in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden soll. So soll es möglich werden, die Mieten in diesen Objekten einzufrieren oder sogar zu senken.

Selbst wenn das gelingen sollte: Sozialpolitisch wäre dies keine treffsichere Maßnahme. Zwar haben sich die Mieten in der Hauptstadt in der Vergangenheit verteuert, doch sie sind längst nicht so rasant gestiegen wie die dortigen Einkommen (Grafik):

Die Nettokaltmieten in Berlin haben sich seit dem Jahr 2014 um durchschnittlich knapp 17 Prozent

erhöht, die Nettoeinkommen dagegen um stattliche 53 Prozent.

Das Wohnen im Bestand wurde somit in der Hauptstadt in Relation zur Entwicklung der Einkommen im Zeitverlauf sogar günstiger.

Neben der schlechten Treffsicherheit einer Vergesellschaftung käme es noch zu einem anderen unerwünschten Nebeneffekt: Für den Berliner Haushalt würden erhebliche finanzielle Risiken entstehen, da neben den Entschädigungskosten zwischen 29 und 39 Milliarden Euro auch noch Modernisierungskosten dazukämen. Berlin will bis spätestens 2045 klimaneutral sein, die Kosten einer energetischen Sanierung von 240.000 bis 260.000 Wohnungen müsste das Land Berlin künftig selbst stemmen.

Das Vorhaben einer Vergesellschaftung dürfte noch eine Reihe weiterer ökonomischer Konsequenzen haben. Wie gravierend diese ausfallen können, zeigt ein Blick in andere Staaten, die in der Vergangenheit private Eigentümer enteignet haben und unterhalb des Marktwerts kompensierten. So wurden beispielsweise Anfang der 1980er-Jahre 39 Großbanken und weite Teile der Schlüsselindustrien in Frankreich verstaatlicht, was zu einer massiven Kapitalflucht und einer Abwertung des Franc führte. Die französische Zentralbank musste in der Folge die Zinsen massiv anheben, zwischenzeitlich auf bis zu 18 Prozent. Erst umfangreiche Reprivatisierungen beendeten diese Phase großer ökonomischer Verwerfungen.

Eine Vergesellschaftung großer privater Wohnungsunternehmen hätte auch für den Wirtschaftsstandort Berlin massive Folgen: Aller Voraussicht nach dürften sich weitere private Investoren aus dem Immobiliensektor zurückziehen, sodass künftig noch weniger gebaut würde. Das wiederum würde den Druck auf die existierenden Wohnungsbestände erhöhen, was deutliche Mietsteigerungen nach sich ziehen dürfte. Möglich wäre auch, dass sich diese Entwicklung nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern insbesondere ausländische Investoren aufgrund der Vergesellschaftung in der Hauptstadt den Standort Deutschland insgesamt meiden. Diese Kapitalflucht träfe nicht nur die Immobilienwirtschaft: Ausländische Investitionen tragen beispielsweise bundesweit zur Finanzierung der Energiewende und zur Modernisierung der Infrastruktur bei – Sektoren, die künftig ebenfalls vergesellschaftet werden könnten.

Auch der Kapitalmarkt wäre tangiert und würde Risikoprämien verlangen beziehungsweise Immobilienkredite restriktiver vergeben, was die Situation auf dem Wohnungsmarkt weiter verschlechtern würde. Der Berliner Haushalt würde ebenfalls deutlich belastet und die Überschuldung – 2024 wies der Haushalt ein Defizit von 67 Milliarden Euro aus – weiter wachsen.

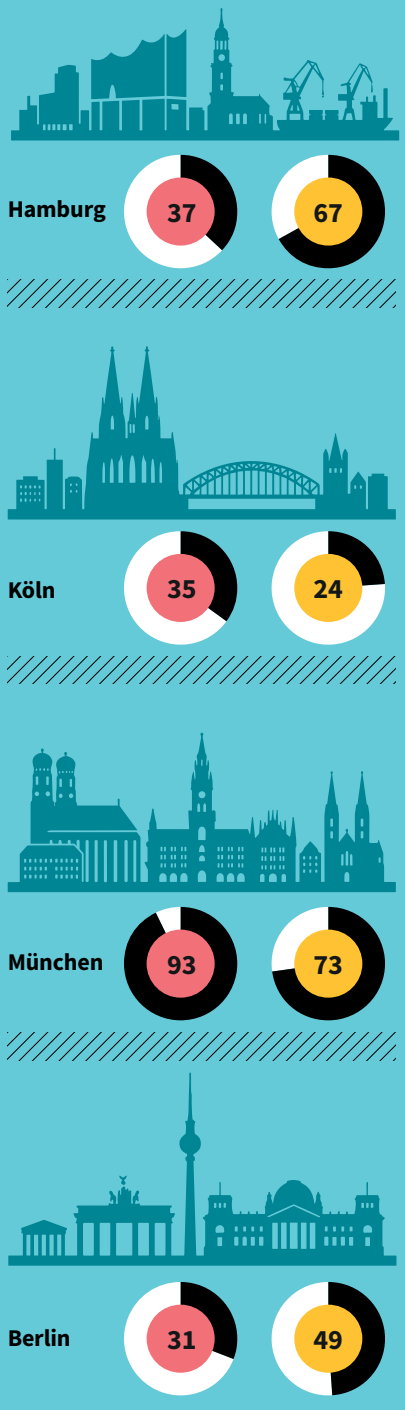
Um eine Abflachung der Mietenentwicklung zu erreichen und insbesondere bedürftige Mieter besser zu unterstützen, sollte Berlin lieber mehr Bauland ausweisen – etwa auf dem Tempelhofer Feld – und nachverdichten, Belegungsrechte im Bestand erwerben und eine eigene Gesellschaft gründen, um Wohnraum für öffentlich Bedienstete bereitzustellen. Um soziale Ungleichheiten abzufedern, wäre ein Ausbau der sozialen Infrastruktur durch Investitionen beispielsweise in Schulen, Kitas und die Gesundheitsversorgung das Mittel der Wahl für Berlin.

Gutachten
Philipp Deschermeier, Michael Voigtländer: Auswirkungen der Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen in Berlin

Der Wohnungsmangel wird in vielen Städten größer werden

In diesen deutschen Großstädten entsprachen die … im Jahr 2024 so viel Prozent des Wohnungsbedarfs

… Baugenehmigungen
… Baufertigstellungen



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd
iwd

Interview. *Seit dem Wahlsieg der Linken in Berlin wird intensiv über die mögliche Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen diskutiert. IW-Immobilienexperte* ***Michael Voigtländer*** *erklärt, welche Konsequenzen das für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie für die Klimaziele hätte.*

Foto: IW

„Ein wahnsinniger Tabubruch“

Die Aufregung um eine mögliche Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen in Berlin ist groß. Wenn Sie selbst einer der etwa 260.000 betroffenen Mieter in der Hauptstadt wären, würden Sie die Idee begrüßen?

Ich weiß nicht, ob ich das so gut fände. Tatsächlich muss man bedenken, dass so ein Vorgang auch eine Menge Unsicherheit für die Mieter mitbringt. Es müsste ja zunächst eine Behörde geschaffen werden, in der die zwölf betroffenen Wohnungsunternehmen zusammengeführt werden. Da kann man schon davon ausgehen, dass das die ersten Jahre ziemlich ruckelig laufen würde.

Falls die Wohnungsunternehmen unterhalb des Marktpreises entschädigt werden, wäre zudem für längere Zeit nicht klar, ob die Vergesellschaftung rechtlich Bestand hat. Das wird im Zweifel dazu führen, dass wenig in den Wohnungsbestand investiert wird.

Dafür bleiben die Mieten eingefroren …

Natürlich ist es spannend, wenn Parteien versprechen, dass die Miete künftig nicht mehr steigen wird. Aber ich glaube, dass die Mieter auch wünschen, dass weiter in ihre Wohnungen investiert wird – das sehe ich bei einer Vergesellschaftung nicht unbedingt gegeben.

Und wenn der neue Eigentümer investiert?

Natürlich steigen dann die Mieten. Aber die umlagefähigen Modernisierungskosten sind ja gekappt auf maximal 8 Prozent der Zusatzkosten und zusätzlich noch mal gedeckelt auf maximal 2 Euro bei Mieten unterhalb von 7 Euro pro Quadratmeter. Und das ist ja das Spannende an der ganzen Diskussion: Es geht hier um Bestände, die ohnehin relativ günstig sind. Der größte private Wohnungsvermieter in Berlin ist die Vonovia, die ihre Wohnungen im Durchschnitt für 8,27 Euro je Quadratmeter vermietet. Das ist weit unter dem, was man als Wohnungssuchender in Berlin aktuell zahlen müsste. Viele Berliner leben also relativ günstig in diesen Beständen und sind eigentlich gar nicht die Hauptbetroffenen der Wohnungskrise.

Durch eine Vergesellschaftung wird nicht eine einzige Wohnung mehr gebaut. Warum sind trotzdem so viele Menschen begeistert von dieser Idee?

Beim Berliner Volksentscheid im Jahr 2021 haben 58 Prozent der Wähler für die Vergesellschaftung

gestimmt. Es gab jetzt während der Landtagswahl noch einmal eine Befragung, bei der sich nur noch die Hälfte dafür ausgesprochen hat.

Ich denke, beim Volksentscheid vor fünf Jahren wollten viele der Immobilienwirtschaft eine Art Denkzettel verpassen. Es gab damals viele Berichte über hohe Modernisierungskosten, über Witwen, die ausziehen mussten, weil sie sich die Wohnung alleine nicht mehr leisten konnten, und über Vermieter, die Menschen aus ihren Wohnungen gedrängt haben, damit sie bei einer Neuvermietung höhere Mieten bekommen können. All diese Berichte haben damals das Bild geprägt. Was es bedeutet, wenn private Wohnungsunternehmen vergesellschaftet werden, wurde nicht wirklich diskutiert. Man hätte damals schon mit wesentlich mehr Überzeugungskraft darstellen müssen, warum Vergesellschaftung keine gute Idee ist.

Was spricht denn gegen eine Vergesellschaftung?

So, wie sie aktuell diskutiert wird, ist sie vor allem ein wahnsinniger Tabubruch in der Sozialen Marktwirtschaft. Man möchte den Immobilienunternehmen nur etwa 40 bis 60 Prozent des Marktwerts für ihre Wohnungsbestände geben. Das heißt, man schädigt die Investoren in erheblicher Weise. Und es entsteht natürlich ein großer Vertrauensschaden – dabei brauchen wir in der Marktwirtschaft das Vertrauen der Investoren, dass sie aus dem, was sie investieren, auch die Erträge realisieren können. Wenn jetzt der Staat anfängt, sich das Geld oder das Kapital einzuverleiben, dann wird das Rückwirkungen haben.

Viele Wohnungsgesellschaften sind im Besitz ausländischer Unternehmen.

Und gerade die werden dann sehr genau prüfen, ob sie zukünftig noch Geld in der Bundesrepublik anlegen und dieses Risiko eingehen wollen. Wenn wir einmal anfangen, in dieser Weise zu agieren, dann kann es schnell passieren, dass auch andere Investoren sagen: Berlin, vielleicht sogar ganz Deutschland ist nicht der richtige Investitionsstandort. Und dann ziehen sich die Investoren zurück. Außerdem müssen Banken das Risiko einer Enteignung einpreisen. Sie müssten höhere Risikoprämien verlangen und wären vielleicht gar nicht mehr bereit, so viel Fremdkapital zu gewähren wie bislang.

Wenn die Immobilienunternehmen zum Verkehrswert, also zum tatsächlichen Wert, entschädigt werden würden, wäre aus finanzieller Sicht alles fein?

Selbst wenn zum Verkehrswert erstattet wird, zwingt man ja die Unternehmen zum Verkauf. Vielleicht haben diese aber die Hoffnung, dass die Werte ihrer Immobilien in Zukunft noch deutlich steigen würden.

Ich glaube zudem nicht, dass eine solche Transaktion zum Verkehrswert stattfinden wird. Der Berliner Haushalt umfasst 42 Milliarden Euro. Entschädigt man zum Verkehrswert, müsste Berlin rund 36, vielleicht sogar 40 Milliarden Euro zahlen. Das ist eine Größenordnung, die nicht aus den Mieten refinanziert werden kann. Das heißt, das Land Berlin müsste zusätzliche Schulden aufnehmen und mehr Zinsen zahlen, als es Einnahmen hat. Das würde den Handlungsspielraum der Stadt erheblich einschränken.

Abgesehen von den beträchtlichen Kaufsummen heißt es ja auch, dass das Land Berlin sich die notwendige energetische Sanierung der Wohnungen nicht leisten könnte. Wieso haben denn die privaten Wohnungsgesellschaften ihren Bestand nicht schon längst selbst saniert?

Die Pläne dafür sind da. Bis 2045 soll der Gebäudebestand klimaneutral sein, dafür planen die großen Wohnungsgesellschaften zwischen 36 und 40 Euro pro Quadratmeter und Jahr an Modernisierungsinvestitionen ein. In den Berechnungen, die unter anderem die Vergesellschaftungsinitiative vorgelegt hat, sind aber nur Modernisierungskosten von 6 bis 12 Euro angegeben. Das ist ein Hinweis darauf, dass man deutlich weniger investieren möchte. Ich glaube nicht, dass man mit diesen sehr knapp kalkulierten Modernisierungskosten tatsächlich die gesetzten Klimaziele erreichen kann. Aber irgendwer muss diese Kosten tragen.

Das heißt, so oder so werden die Mieten in Berlin weiter steigen?

Ja, aber das muss man ins Verhältnis setzen. In den vergangenen zehn Jahren sind die Nettokaltmieten im Bestand in Berlin um 15 Prozent gestiegen. Gleichzeitig haben die Einkommen in der Hauptstadt um mehr als 40 Prozent zugelegt, die Nominallohnsteigerungen lagen zuletzt jedes Jahr bei 4,5 Prozent, was deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Das führt natürlich irgendwann zu steigenden Mieten.

Wir müssen uns in der Diskussion auch ehrlich machen: Eine Hauptstadt ist immer etwas teurer als ländliche Regionen. Wenn ich das Leben in der Hauptstadt so stark subventionieren will, dann zahlt am Ende die Landbevölkerung dafür, dass die Städter noch günstiger leben. Das kann nicht sein.

Und was ist mit denen, die sich die Berliner Mieten überhaupt nicht leisten können?

Haushalte, die überhöhte Wohnkosten haben, brauchen Unterstützung, das ist ganz klar. Aber dafür muss man nicht massenhaft Bestände kaufen und alle dort lebenden Mieter pauschal schützen.

Knapp und teuer

Immobilienmarkt. *Für Studenten bleibt es schwierig, eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Zwar sind die Preise im vergangenen Jahr im Schnitt nur leicht gestiegen und in einigen Hochschulstädten sogar gesunken, eine Trendwende ist das aber nicht. Vielmehr dürfte sich das Problem in den kommenden Jahren wieder verschärfen, vor allem aufgrund der schleppenden Bautätigkeit.*

Die Ludwig-Maximilians-Universität, die Technische Universität und die Hochschule für angewandte Wissenschaften – mit gleich drei großen öffentlichen Hochschulen ist München eine der beliebtesten Adressen für angehende Akademiker. Doch junge Menschen, die ein Studium in der bayerischen Landeshauptstadt aufnehmen möchten, stehen zunächst vor einer großen Hürde: der Wohnungssuche.

Neben dem knappen Angebot spielt dabei der Preis eine große Rolle – wie die Mieten und Kaufpreise insgesamt sind auch Studentenunterkünfte in München deutschlandweit am teuersten. Eine typische, 30 Quadratmeter große Studentenwohnung kostete dort in der ersten Jahreshälfte 2026 warm rund 880 Euro monatlich.

Das geht aus dem aktuellen Studentenwohnreport hervor, für den das Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag des Finanzberaters MLP zum achten Mal die Wohnkosten an 38 deutschen Hochschulstandorten miteinander verglichen hat. Demnach müssen Studenten in anderen großen Städten zwar mindestens 150 Euro weniger zahlen als in München, aber dennoch tief in die Tasche greifen, wenn sie von zu Hause ausziehen wollen (Grafik):

In Berlin, Frankfurt am Main, Köln und Hamburg sind für eine Muster-Studentenwohnung zwischen 700 und 725 Euro Warmmiete fällig.

Ein typisches WG-Zimmer mit 20 Quadratmetern kostet kaum weniger, in Hamburg war es zuletzt sogar noch etwas teurer als eine Musterwohnung.

Zur Einordnung: Die Wohnkostenpauschale für Bafög-Bezieher, die nicht mehr bei den Eltern wohnen, liegt aktuell bei 380 Euro. Das reichte im ersten Halbjahr 2026 nur in Chemnitz, um die Miete für eine typische Studentenbleibe zu bezahlen. Mit der geplanten Erhöhung ab 2027 auf 440 Euro wären lediglich Magdeburg und Greifswald ebenfalls im Budget.

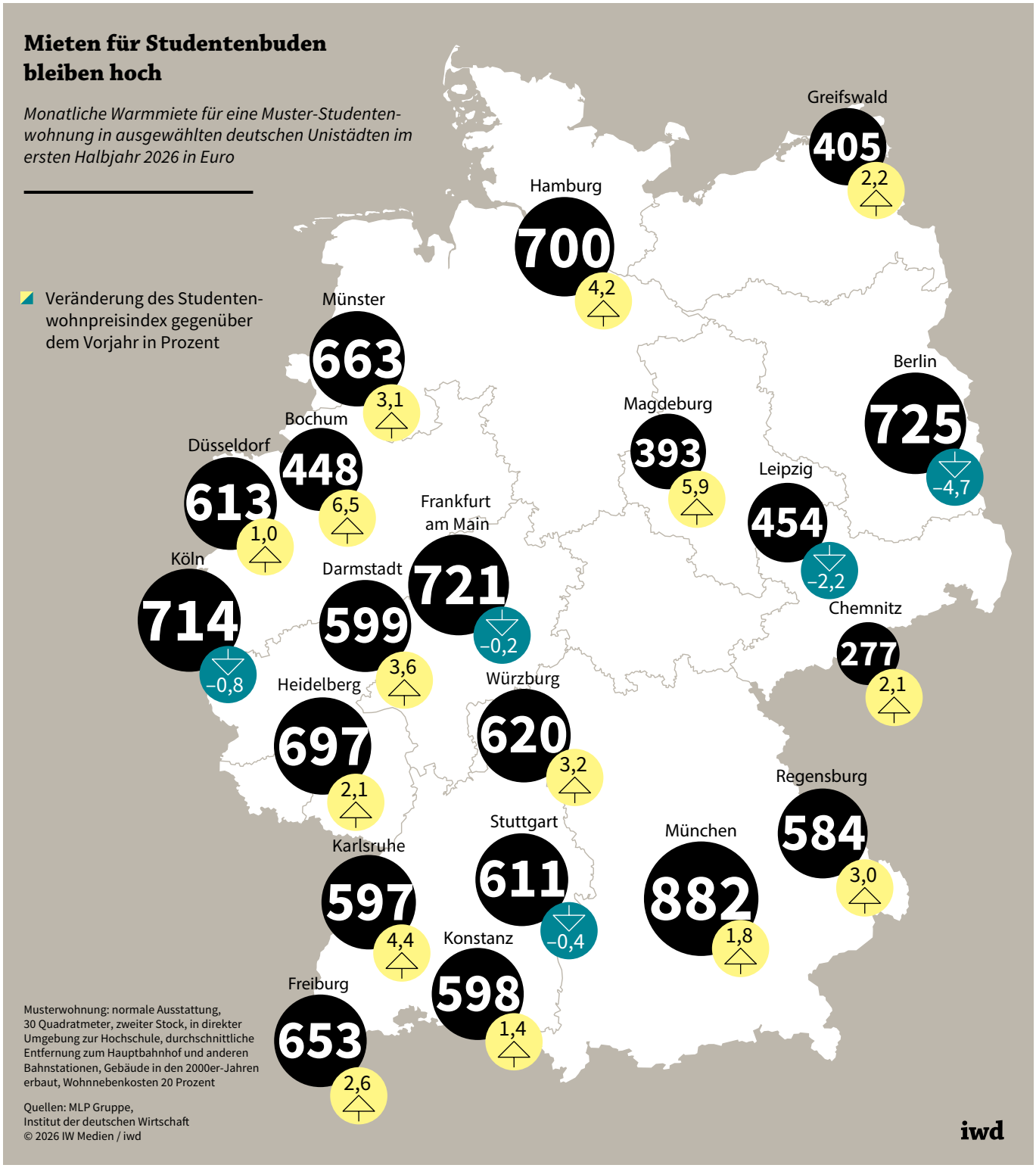
Insgesamt stiegen die Mieten auf dem studentischen Wohnungsmarkt im Bundesdurchschnitt mit einem Plus von 2,6 Prozent im vergangenen Jahr vergleichsweise moderat. Eine langfristige Entspannung der Situation lässt sich daraus aber nicht ableiten. Auch die vereinzelten Preisrückgänge im vergangenen Jahr – unter anderem in Berlin, Frankfurt am Main und Köln – dürften nur vorübergehend sein. Denn die Rückkehr zum G9-Schulmodell in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein führt nur kurzzeitig zu weniger Studienanfängern, schon in den kommenden Jahren dürfte ihre Zahl und damit die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum wieder steigen.

Hinzu kommt, dass Studenten immer häufiger auf Wohnungen in größerer Entfernung zur Hochschule ausweichen, alternative Studienstandorte wählen oder länger im Elternhaus wohnen bleiben (siehe iwd 25/2025). Das ist zwar aus rein wohnungspolitischer Sicht in Ordnung, da so die Nachfrage in den Großstädten zurückgeht. Bildungspolitisch ist es jedoch problematisch, wenn Studienangebote an günstigeren Standorten nicht gleichwertig sind:

Wenn finanzielle Zwänge statt fachlicher Interessen die Wahl des Studienorts bestimmen, gehen Bildungschancen verloren und die soziale Ungleichheit verstärkt sich.

Besserung ist nicht in Sicht: Die Zahl der neu fertiggestellten Wohnungen in Deutschland dürfte in diesem Jahr auf unter 200.000 sinken, nötig wären mehr als 300.000. An rund zwei Dritteln der untersuchten Hochschulstandorte hat die Bautätigkeit in den vergangenen Jahren nachgelassen.

Ausschlaggebend dafür sind vor allem hohe Bau- und Finanzierungskosten verbunden mit immer neuen



Regulierungen. Überzogene Standards verteuern das Bauen und erschweren es, bezahlbaren Wohnraum für Studenten zu schaffen. Bund, Länder und Kommunen müssen dringend die Rahmenbedingungen verbessern und kostengünstiges Bauen ermöglichen.

Eine wichtige Rolle kann dabei der Gebäudestandard E spielen. Die Idee ist, auf nicht sicherheitsrelevante Standards zu verzichten und damit Geld zu sparen – das kann zum Beispiel weniger Steckdosen, schlichtere Oberflächen oder eine einfachere Ausstattung bedeuten. Gerade bei kleinen Wohnungen und Wohnheimen kann dies ein guter Weg sein, die Neubauaktivität hochzufahren.

Gutachten
Christian Oberst, Michael Voigtländer, Philipp Deschermeier: MLP Studentenwohnreport 2026

Störfaktor Trump

Green-Tech-Exporte. *Die Herstellung von Gütern für den Klima- und Umweltschutz ist für Deutschland inzwischen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auch im Export. Die USA waren für die Green-Tech-Branche zuletzt das wichtigste Ausfuhrziel. Ob dies so bleibt, ist angesichts des handels- und klimapolitischen Kurses von US-Präsident Donald Trump allerdings fraglich.*

Ob Anlagen zur Abwasserreinigung, E-Autos und -Bikes, Lärmminderungsvorrichtungen oder Recyclingtechnologien – Umwelt- und Klimaschutzgüter spielen für die deutsche Wirtschaft eine immer größere Rolle. Laut Umweltbundesamt ist die mit diesen Gütern erzeugte Bruttowertschöpfung seit 2010 im Jahresdurchschnitt um fast 5 Prozent gewachsen und betrug 2023 rund 314 Milliarden Euro. Das waren gut 9 Prozent der Bruttowertschöpfung in Deutschland insgesamt.

Auch im Ausland ist Green Tech made in Germany gefragt (Grafik):

Im Jahr 2023 exportierten deutsche Unternehmen Umwelt- und Klimaschutzgüter im Wert von 132 Milliarden Euro – ihr Anteil an den gesamten Ausfuhren betrug damit fast 8,5 Prozent.

Zwar lieferten die Firmen 55 Prozent der Green-Tech-Exporte in andere EU-Staaten, der wichtigste einzelne Absatzmarkt waren aber die USA, die 10 Prozent aller entsprechenden deutschen Exporte bezogen.

In den kommenden Jahren dürfte die weltweite Nachfrage nach Umwelt- und Klimaschutzgütern weiter steigen. Dafür sprechen die Klimaziele zahlreicher Staaten, aber auch die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit grüner Technologien und das Interesse vieler Länder an einer von Kohle-, Öl- und Gasimporten unabhängigeren Energieversorgung.

Davon dürften auch die deutschen Hersteller profitieren. Ob allerdings das US-Geschäft weiter floriert, ist offen. Da ist zum einen die erratische Zollstrategie Donald Trumps, die die deutschen Exporteure generell belastet.

Zum anderen hat Trump dem Klimaschutz den Kampf angesagt: Statt Wind- und Solarenergie will seine Regierung vor allem die Förderung von Öl und Gas ausweiten. Zugleich wurden zentrale Förderprogramme für klimafreundliche Technologien eingeschränkt oder beendet. Die mit dem Inflation Reduction Act eingeführten und ursprünglich bis 2033 vorgesehenen Steuergutschriften für Elektrofahrzeuge und Ladestationen liefen im Zuge des One Big Beautiful Bill Act vorzeitig aus. Entsprechend wurden in den USA in den ersten sieben Monaten des Jahres 2026 nahezu 30 Prozent weniger Elektroautos verkauft als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Folgen der politischen Interventionen bekommen auch deutsche Hersteller zu spüren:

Im ersten Quartal des Jahres 2026 exportierte Deutschland reine Elektroautos im Wert von 600 Millionen Euro in die USA – ein Rückgang binnen Jahresfrist um knapp 66 Prozent.

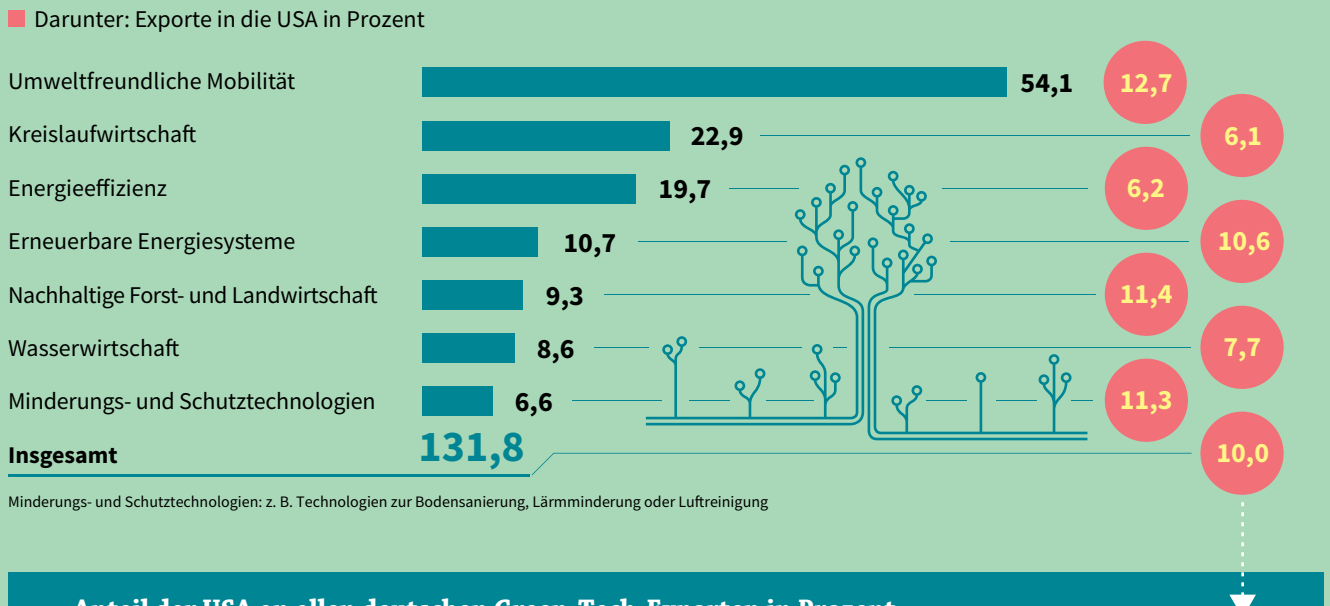
Private Haushalte in den USA erhalten seit Anfang 2026 auch keine steuerlichen Vergünstigungen mehr für den Kauf von Wärmepumpen und Solaranlagen. Für neue Wind- und Solarprojekte wurden die Förderbedingungen ebenfalls deutlich verschärft: Die Betreiber profitieren nur noch von den Steuergutschriften, wenn sie bis Juli 2026 mit dem Bau begonnen haben oder die Anlagen bis Ende 2027 ans Netz gehen.

Wie stark der Kurswechsel konkrete Investitionsentscheidungen verändert, zeigt die Windkraft auf See. Das US-Innenministerium kauft Entwicklern ihre zugesicherten Pachtgebiete gegen Entschädigung wieder ab – bis August 2026 für insgesamt mehr als 3,9 Milliarden Dollar. Auch hiervon ist Deutschland betroffen:

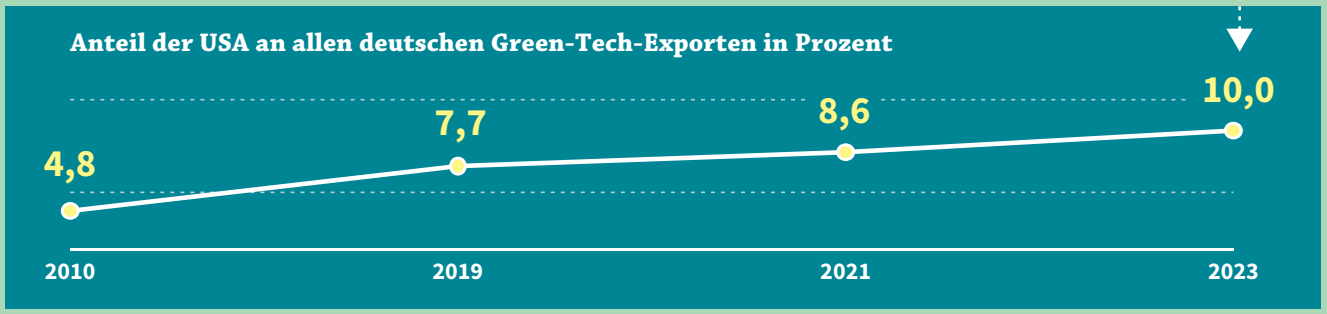
Der deutsche Energiekonzern RWE gab im August 2026 drei Pachtgebiete für geplante Offshore-Windparks vor den Küsten von New York, Kalifornien und Louisiana zurück.

Green-Tech-Exporte: USA sind wichtiger Kunde

Deutsche Exporte klima- und umweltfreundlicher Technologien im Jahr 2023 in Milliarden Euro



Minderungs- und Schutztechnologien: z. B. Technologien zur Bodensanierung, Lärmminderung oder Luftreinigung



Quelle: Umweltbundesamt

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Im Rahmen eines Vergleichs mit dem US-Innenministerium erhält RWE dafür 1,22 Milliarden Dollar. Zugleich kündigte der Konzern Investitionen in fossile US-Energieprojekte an, darunter eine Beteiligung an einem Flüssiggas-Projekt in Louisiana.

Binnen kurzer Zeit hat die Trump-Regierung den Ausbau zentraler klimafreundlicher Technologien erschwert. Zum Erliegen gebracht hat sie ihn allerdings nicht. Das liegt auch an engagierten Bundesstaaten, die ihre Spielräume in der Klima- und Energiepolitik verstärkt nutzen.

Einzelne US-Staaten setzen eigene CO_2-Preise und schaffen so Anreize für emissionsärmere Technologien. Kalifornien beispielsweise verfügt mit seinem im Jahr 2012 gestarteten Cap-and-Invest-Programm über das größte und umfassendste dieser Emissionshandelssysteme. Der Bundesstaat hat es im vergangenen Jahr bis 2045 verlängert und damit ein längerfristiges Signal für Unternehmen gesetzt. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Emissionsrechte fließen unter anderem in klimafreundliche Infrastruktur und den Ausbau grüner Energie.

Im Nordosten und an der Atlantikküste haben sich mehrere Bundesstaaten zu einem gemeinsamen Emissionshandel für den Stromsektor zusammengeschlossen. Das Programm begrenzt die CO_2-Emissionen größerer Kraftwerke und senkt die zulässige Emissionsmenge schrittweise.

Unterm Strich bleibt der Markt für Green Tech in den Vereinigten Staaten für deutsche Anbieter relevant, er dürfte sich aber in den nächsten Jahren weniger dynamisch entwickeln und schwieriger zu kalkulieren sein. Die Nachfrage wird sich voraussichtlich stärker auf jene US-Bundesstaaten und -Regionen konzentrieren, die eigene, ambitionierte Klimaziele verfolgen oder in denen grüne Technologien auch ohne staatliche Förderung wirtschaftlich sind.

App zur Arbeit

Digitalisierung. *Die Arbeitsvermittlung über eine digitale Plattform bietet zahlreichen Bundesbürgern nicht nur viel Flexibilität, sondern auch eine neue oder zusätzliche Einkommensquelle. Plattformarbeit kann so dabei helfen, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt zu mildern – wenn die Regierung entsprechende Regulierungen mit Augenmaß umsetzt.*

Uber, Lieferando, Wolt – drei bekannte Beispiele für zahlreiche digitale Plattformen, die berufliche Tätigkeiten vermitteln und abwickeln. Die Bruttowertschöpfung solcher Plattformarbeit in Deutschland belief sich im Jahr 2025 auf schätzungsweise 70 Milliarden Euro und machte damit rund 1,8 Prozent der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung aus.

Personen, die über entsprechende Webseiten oder Apps organisierte Dienstleistungen erbringen, nennt man Plattformbeschäftigte. Sie sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt mittlerweile häufig zu finden: Im Jahr 2025 arbeiteten rund 7 Prozent der 18- bis 70-Jährigen in Deutschland über eine digitale Plattform – das entspricht etwa 3,9 Millionen Menschen. Der größte Teil von ihnen sitzt für den Job im Auto (Grafik):

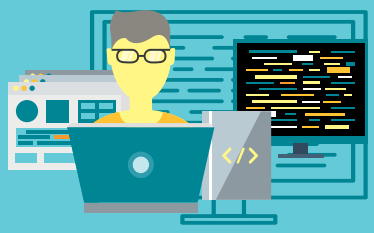
Ein Fünftel der Plattformbeschäftigten arbeitete im Jahr 2025 im Personentransport.

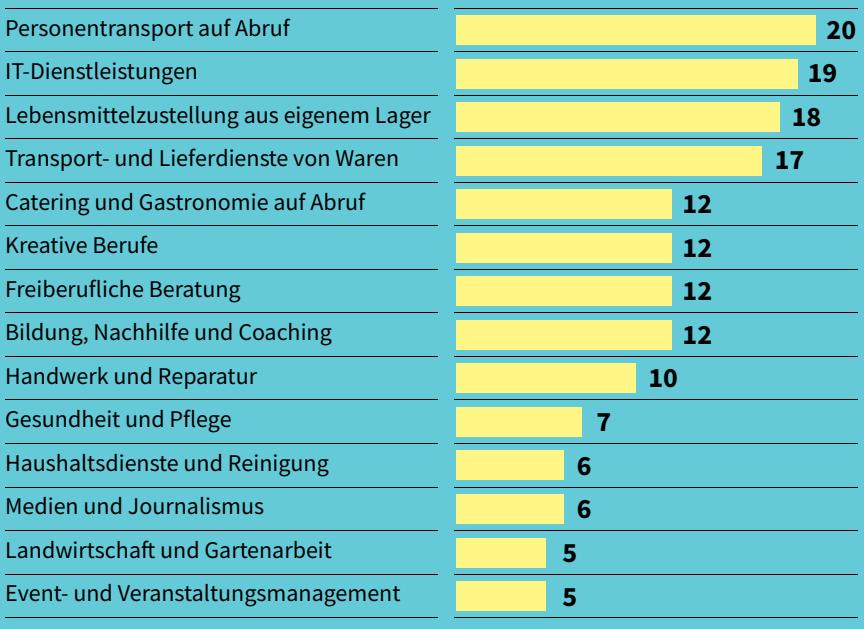
Knapp dahinter folgten IT-Dienstleistungen, Lebensmittelzustellungen sowie Transport- und Lieferdienste von Waren. Zum breiten Tätigkeitsspektrum gehören aber auch kreative Berufe sowie handwerks- und haushaltsnahe Services.

Über alle Berufe hinweg arbeiteten die Bundesbürger im Schnitt für zehn Stunden pro Woche in über Plattformen vermittelten Jobs. Die Arbeit dient den meisten also als flexibler Hinzuverdienst, nur rund jeder Fünfte war auf diese Weise in

Vielfältige Plattformarbeit

So viel Prozent der Personen in Deutschland, die über eine Internetplattform oder App organisierte Dienstleistungen erbringen, arbeiteten im Jahr 2025 in diesem Bereich





Befragung von 1.033 Plattformbeschäftigten im September 2025; Mehrfachantworten möglich

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Vollzeit tätig. Dazu passen auch die Prioritäten der Plattformbeschäftigten (Grafik):

Für rund drei Viertel der Beschäftigten sind flexible Arbeitszeiten sowie der zusätzliche Verdienst zum Haupteinkommen wichtige Gründe für die Arbeit über eine digitale Plattform.

Die Zustimmungswerte variieren allerdings je nach Erwerbsform. Unter den Selbstständigen geben 85 Prozent flexible Arbeitszeiten und 82 Prozent die Verbesserung des Einkommens als wichtigen Grund für die Arbeit über eine digitale Plattform an, unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind es mit 61 beziehungsweise 66 Prozent jeweils deutlich weniger. Auch auf die Vereinbarkeit mit dem Familienleben legen die Selbstständigen größeren Wert. Arbeitnehmer geben als Grund der Arbeitsaufnahme dagegen öfter an, finanzielle Engpässe überbrücken zu wollen.

Verschiedene Gründe haben demnach dazu geführt, dass sich die Plattformarbeit in den vergangenen Jahren zu einem relevanten Beschäftigungsmodell entwickelt hat. Eine IW-Befragung verdeutlicht, dass die Bedeutung in Zukunft noch zunehmen könnte:

Grundsätzlich können sich 67 Prozent der 18- bis 70-Jährigen in Deutschland vorstellen, über eine digitale Plattform zu arbeiten – und zum Teil dadurch auch mehr Arbeitsstunden zu leisten als bisher.

Entsprechende Modelle könnten damit dazu beitragen, den durch den demografischen Wandel bedingten Arbeitskraftverlust hierzulande abzufedern.

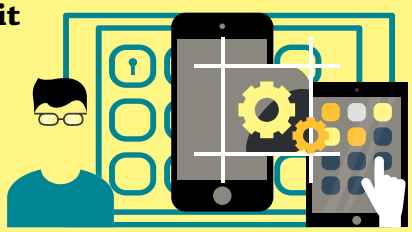
Ein Blick über die deutschen Grenzen hinaus zeigt, dass bereits viele Länder die wachsende Bedeutung plattformbasierter Beschäftigung in ihrem Arbeitsrecht berücksichtigen und ihre Systeme angepasst haben. Die Bandbreite ist dabei groß: So gelten in Spanien Plattformbeschäftigte meist als Angestellte, in Griechenland als Selbstständige. Andere Länder wie Österreich setzen auf Mischformen, in denen Plattformarbeiter rechtlich als Selbstständige zählen, aber voll sozialversichert sind.

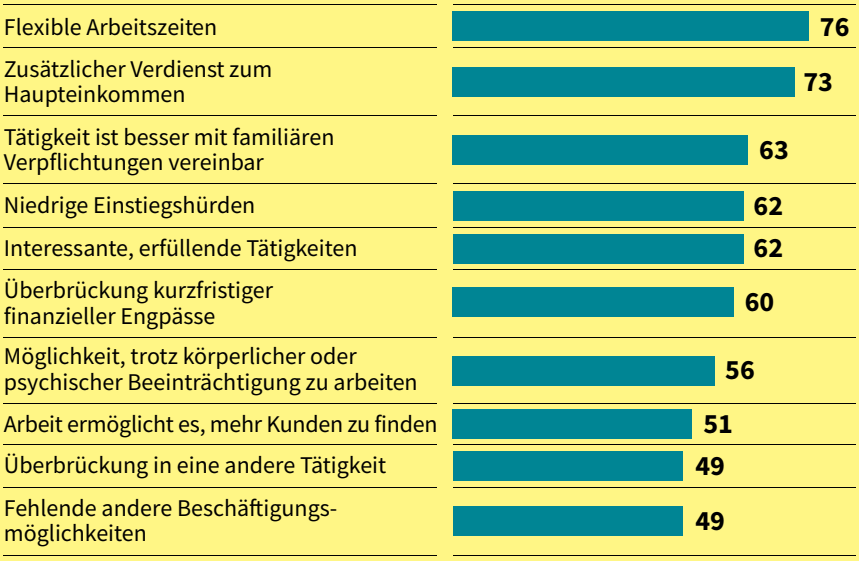
Um etwas Ordnung in die Thematik zu bringen, hat die Europäische Union im Jahr 2024 eine Plattformarbeitsrichtlinie verabschiedet. Sie soll die soziale Absicherung der Personen, die für Online-Plattformen arbeiten, sichern und gegen Scheinselbstständigkeit vorgehen. Die Mitgliedsstaaten haben noch bis zum Ende des laufenden Jahres Zeit, die Richtlinie in nationales Recht zu überführen.

Allerdings ist der Begriff „Plattform“ in den EU-Vorgaben sehr weit gefasst und könnte auch künftig entstehende Geschäftsmodelle einschließen, auf die gar nicht abgezielt wird (siehe iwd 12/2026). Die Bundesregierung muss bei der Umsetzung der Richtlinie darauf achten, den Selbstständigen den nötigen Freiraum zu lassen und die Rechtsunsicherheit nicht weiter zu erhöhen. Wenn das gelingt und gleichzeitig die hohe Flexibilität des Arbeitsmodells mindestens bestehen bleibt, bietet die Plattformarbeit großes Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt.

Die Gründe für Plattformarbeit

Für so viel Prozent der Plattformbeschäftigten in Deutschland waren diese Gründe sehr oder eher wichtig, die Plattformarbeit aufzunehmen





Plattformbeschäftigte: Personen, die über eine Internetplattform oder App organisierte Dienstleistungen erbringen
Befragung von 1.033 Plattformbeschäftigten im September 2025

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Gutachten
Christian Kestermann et al.: Flexibel arbeiten, Arbeitskräfte aktivieren – Ökonomische Bedeutung der Plattformarbeit in Deutschland

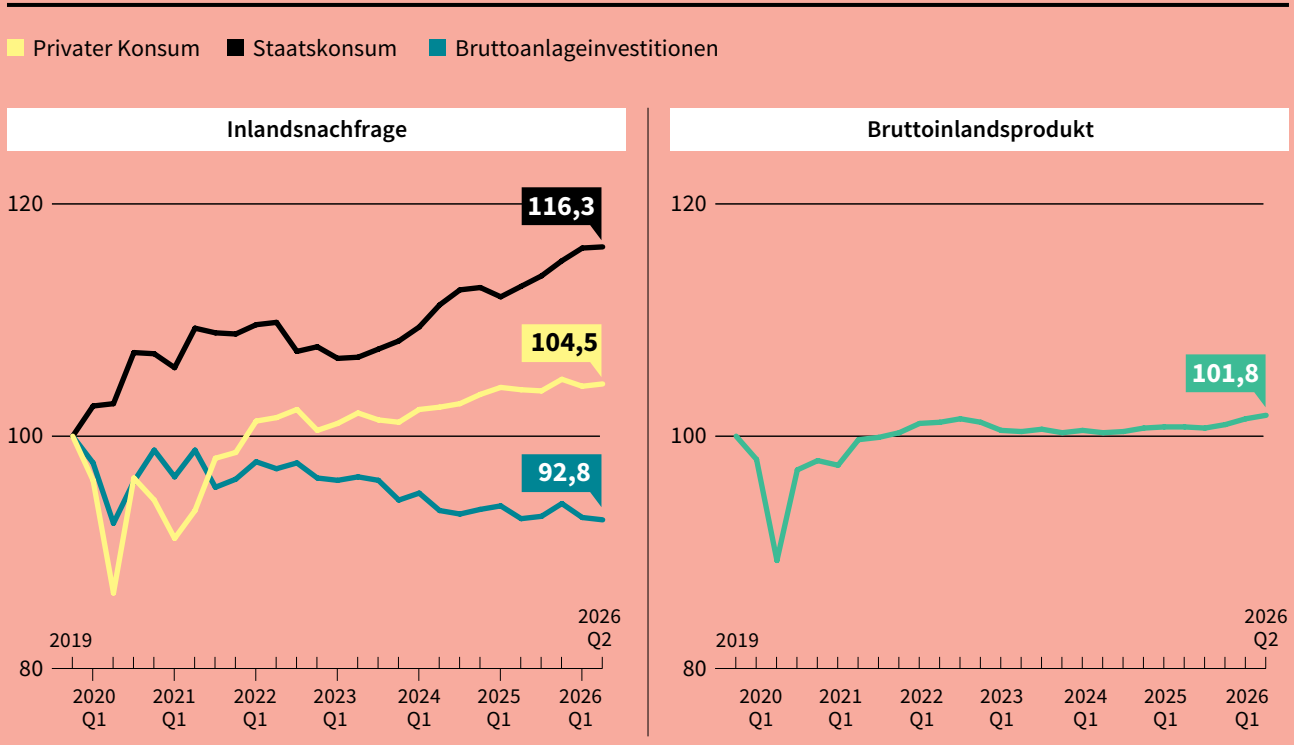
Wachstum ja, Erholung nein

IW-Konjunkturprognose. *Steigende Exporte im ersten Halbjahr und hohe staatliche Investitionen lassen das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2026 stärker wachsen als vermutet. Doch der Exporteffekt ebbt schon wieder ab und der private Konsum bleibt niedrig.*

Die wirtschaftliche Bilanz für Deutschland fällt für 2026 besser aus als noch im Frühjahr erwartet: Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr von knapp 1,2 Prozent – das sind fast 0,8 Prozentpunkte mehr als in der vergangenen Prognose. Die höhere Dynamik ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Zum einen gab es im ersten Halbjahr Zuwächse in

Konjunktur in Deutschland weiterhin schwach

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2019 = 100



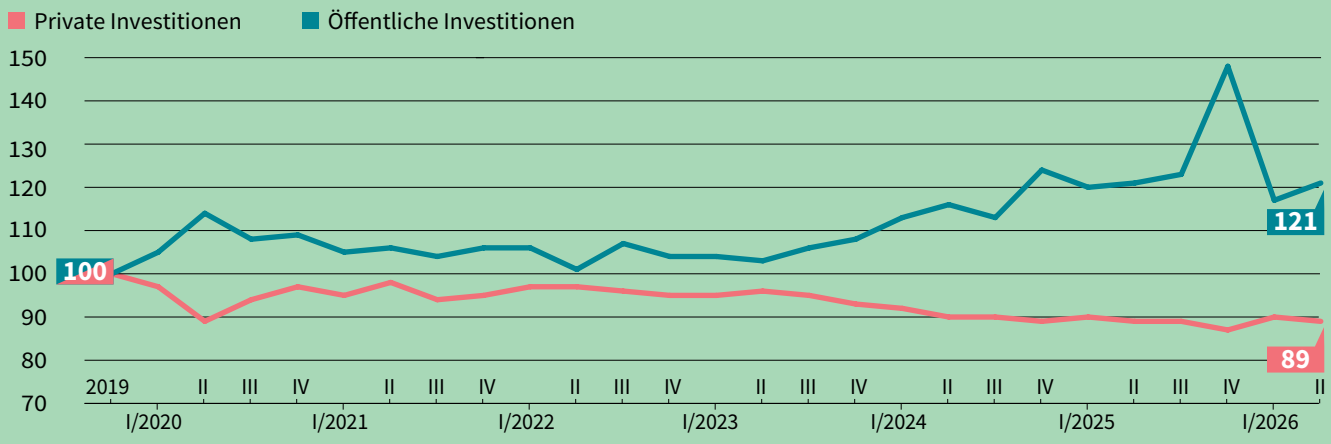
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Private Investitionen in Deutschland fehlen

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

der Industrie und beim Export. Dieser Effekt beschränkte sich allerdings auf wenige Bereiche, in erster Linie profitierten die Chemie- und die Elektroindustrie. Zudem begünstigten Vorzieheffekte den Anstieg – Kunden zogen aufgrund der unsicheren geopolitischen Lage also Bestellungen und Einkäufe vor.

Ein dauerhaftes Wachstum der Exporte ist demnach nicht zu erwarten, zumal die Dynamik schon wieder nachlässt.

Der zweite Treiber des überraschenden BIP-Wachstums sind die staatlichen Investitionen und höhere staatliche Konsumausgaben.

Doch mehrere Indikatoren deuten stark darauf hin, dass der Anstieg des BIP nicht der Beginn eines kräftigen und breit angelegten Aufschwungs der deutschen Wirtschaft ist, sondern eher von Sondereffekten lebt. Die Ergebnisse der IW-Prognose im Einzelnen:

Investitionen. Das Investitionsklima bleibt trotz der staatlichen Ausgaben weiterhin getrübt. Die geopolitischen Unsicherheiten durch den Ukraine-Krieg und den Konflikt zwischen den USA und dem Iran mit massiven Auswirkungen auf den internationalen Schiffsverkehr belasten die Unternehmen in Deutschland. Dazu hemmen die hohen Kosten für Energie und Arbeit die Investitionstätigkeit der hiesigen Wirtschaft. Das Ergebnis (Grafik):

Die privaten Investitionen lagen im zweiten Quartal 2026 immer noch 11 Prozentpunkte unter dem Wert von 2019. Das wird sich auch im Gesamtjahr nicht wesentlich ändern.

Durch die hohe Bedeutung privater Investitionen lagen die gesamten Bruttoanlageinvestitionen im ersten Halbjahr 2026 um 0,5 Prozent unter dem bereits geringen Vorjahresvolumen. Im Frühjahr rechnete das IW noch mit einem Plus von 1,2 Prozent für das gesamte Jahr – jetzt mit einem Plus von 0,5 Prozent.

Während bei den Ausrüstungsinvestitionen ein Zuwachs von 1,8 Prozent erwartet wird, sinken die Bauinvestitionen 2026 trotz staatlicher Impulse um 1 Prozent und liegen damit 2 Prozentpunkte unter der Frühjahrsprognose. Gründe dafür sind vor allem der kriselnde Wohnungsbau sowie die steigenden Baukosten und Zinsen.

Konsum. Der gesamte Konsum profitiert derzeit vor allem von staatlichen Impulsen. Der private Konsum wächst dagegen 2026 real nur um 0,3 Prozent (Grafik Seite 12). Wegen hoher Energiepreise und einer deshalb wieder höheren Inflation halten die Haushalte ihr Geld zusammen.

Arbeitsmarkt. Im Jahr 2026 werden in Deutschland rund 200.000 Personen weniger erwerbstätig sein als im Vorjahr. Weil sich aber der demografische Wandel bemerkbar macht, sind am Ende des Jahres nur rund 39.000 Personen mehr arbeitslos und damit insgesamt knapp drei Millionen.

Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent. Und noch eine Besonderheit gibt es auf dem Arbeitsmarkt: Da in diesem Jahr mehr Feiertage auf ein Wochenende fallen als 2025, steigt die Arbeitszeit pro Kopf. Unterm Strich nimmt das Arbeitsvolumen so trotz der Jobverluste um 0,1 Prozent zu.

IW-Kurzbericht 64/2026
Michael Grömling et al.:
Erholung mit vielen Fragezeichen

Gekommen, um zu bleiben

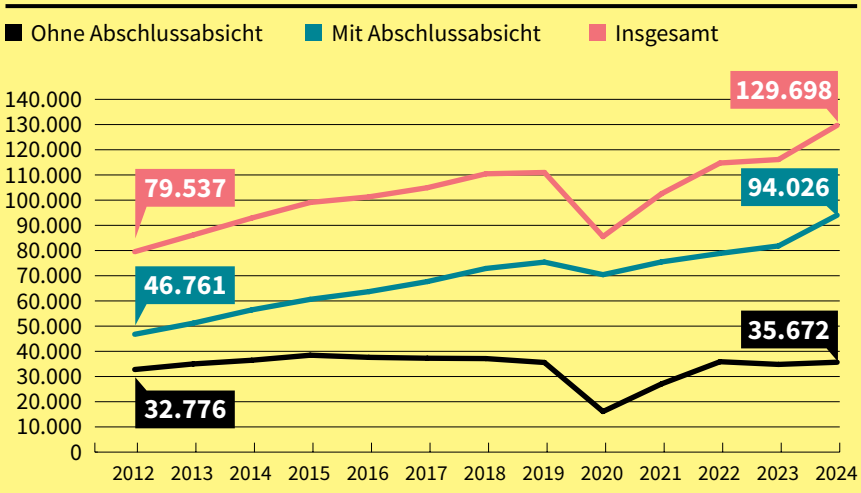
Hochschule. *Die Zuwanderung über die Hochschulen ist für Deutschland ein probates Mittel, um künftige Fachkräfteengpässe zu lindern. Schon heute rechnet sich die größtenteils gebührenfreie Ausbildung internationaler Studenten deutlich für den Fiskus.*

Annähernd 130.000 internationale Studienanfänger waren im Jahr 2024 an einer deutschen Hochschule eingeschrieben, so viele wie noch nie (Grafik). Zieht man diejenigen ab, die lediglich temporär an einer hiesigen Universität oder Fachhochschule Seminare und Vorlesungen besuchen wollen, weil sie beispielsweise über das Austauschprogramm Erasmus+ in die Bundesrepublik gekommen sind, bleiben von diesem Jahrgang rund 94.000 Studienanfänger mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung übrig, die einen deutschen Abschluss machen wollen.

Dass deren Zahl mit Ausnahme des Coronajahres 2020 Jahr für Jahr steigt, ist eine gute Nachricht. Denn in Zeiten des fortschreitenden demografischen Wandels ist die Ausbildung junger Menschen aus dem Ausland zunehmend ein wichtiges Instrument der Fachkräftesicherung – mit dem Vorteil, dass die auf diesem Weg erworbenen Qualifikationen einen sehr guten Übergang auf den deutschen Arbeitsmarkt ermöglichen.

Internationale Studenten: Fast drei Viertel streben in Deutschland einen Abschluss an

So viele internationale Studienanfänger waren in diesen Jahren an einer deutschen Hochschule immatrikuliert



Ohne Abschlussabsicht: in der Regel ausländische Studenten, die an einem Austauschprogramm wie Erasmus+ teilnehmen

Quellen: Heublein et al. (2014), Kercher et al. (2025), Knüttgen et al. (2026)

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Doch wie viele der internationalen Studenten, die den Weg nach Deutschland finden, bleiben überhaupt für gewöhnlich längerfristig hier und lindern den Fachkräftemangel? Dieser Frage hat sich eine aktuelle IW-Studie im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) angenommen und dafür Daten des Mikrozensus ausgewertet. Das Ergebnis:

Im Schnitt befinden sich noch rund 60 Prozent der internationalen Studienanfänger mit Abschlussabsicht neun Jahre nach Studienbeginn in Deutschland.

Da etwa 75 Prozent der ausländischen Studenten ihr Studium erfolgreich abschließen, ergibt sich je Jahrgang eine Quote von gut 45 Prozent an ausländischen Akademikern mit einem deutschen Hochschulabschluss, die hierzulande über den Abschluss hinaus als akademisch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Im weiteren Verlauf verlassen zwar einige weitere internationale Fachkräfte, die in Deutschland ausgebildet wurden und hier arbeiten, das Land, doch von den Studienanfängern bleibt durchschnittlich rund ein Drittel als Akademiker bis zum Lebensende in der Bundesrepublik.

Stellt man die Kosten der Ausbildung sowie die späteren fälligen Rentenzahlungen den Steuern und Sozialversicherungsabgaben der

ausländischen Beschäftigten gegenüber, die in Deutschland einen Hochschulabschluss erworben haben, zeigt sich: Obwohl nur knapp die Hälfte der internationalen Akademiker in Deutschland bleibt, lohnt es sich, sie hier größtenteils kostenlos auszubilden. Eine Beispielrechnung für den Jahrgang 2023 der internationalen Studienanfänger (Grafik):

Wenn die Verbleiberaten der rund 81.800 internationalen Studienanfänger mit Abschlussabsicht des Jahres 2023 sich so entwickeln, wie sie bislang unter ausländischen Absolventen zu beobachten waren, leistet allein dieser Jahrgang bis zu seinem Lebensende einen positiven Beitrag zu den öffentlichen Haushalten in Deutschland von schätzungsweise 23 Milliarden Euro.

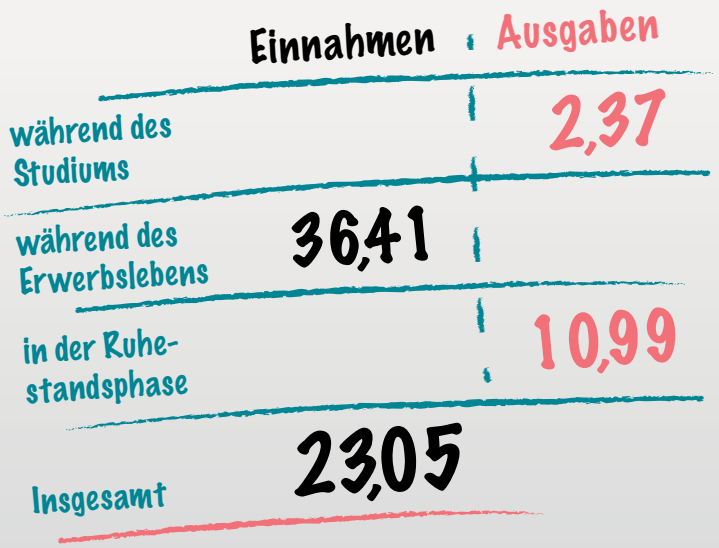
Der positive fiskalische Effekt tritt dabei bereits zwei Jahre nach Studienabschluss ein beziehungsweise sieben Jahre nach Einreise, wenn man eine fünfjährige Studiendauer unterstellt. Somit ist die weitgehend gebührenfreie Ausbildung internationaler Studenten eine für Deutschland rentable Investition, die angesichts der hiesigen demografischen Entwicklung weiter ausgebaut werden sollte.

Zusätzlich sollte sich die Bleibequote der internationalen Studenten mit akademischem Abschluss mithilfe gezielter Maßnahmen wie der Campus-Initiative oder anderer Maßnahmen zur Begleitung internationaler Studenten an Hochschulen steigern lassen und daran gearbeitet werden, die Abbrecherquote zu reduzieren. Zwar positionieren sich auch internationale Studenten, die ihr Studium in Deutschland abbrechen, relativ gut auf dem heimischen Arbeitsmarkt und sind eher selten auf Transferleistungen angewiesen, gleichwohl wäre es auch ökonomisch ratsam, sie zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Internationale Studenten: Für Deutschland auch finanziell ein Gewinn

Studenten aus dem Ausland, die in Deutschland studieren, kosten den Staat während des Studiums Geld, weil sie eine mehr oder weniger kostenlose Hochschulausbildung erhalten. Da rund 45 Prozent der internationalen Studenten eines Studienjahrgangs nach Abschluss in Deutschland bleiben und eine Arbeit als akademisch qualifizierte Fachkraft aufnehmen, zahlen sie während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Drei Viertel dieser Gruppe verbringen auch ihren letzten Lebensabschnitt in Deutschland, erhalten also gesetzliche Rentenzahlungen sowie Pflegeleistungen beziehungsweise Rückerstattungen, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren.

So viele Milliarden Euro Einnahmen/Ausgaben verursachen die insgesamt 81.832 internationalen Studienanfänger, die 2023 in Deutschland ein Studium aufgenommen haben, bis zu ihrem Lebensende in den öffentlichen Haushalten



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Gutachten
Wido Geis-Thöne: Ermittlung und Analyse des Verbleibs internationaler Studierender – Fundierung von Szenarien zur Berechnung volkswirtschaftlicher Effekte der Zuwanderung über die Hochschulen

Impressum
Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland **Redaktionsleiter:** Hendrik Geisler (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

CO₂-DATEN VERFÜGBAR
Bilanziert wurde Druckerzeugnis
CO₂-Daten inklusive Methodik, Systemgrenzen und Datengrundlage per QR-Code oder URL abrufbar.
natureOffice.gmbh/DE-077-661530

FSC www.fsc.org MIX Papier | Fördert gute Waldnutzung FSC® C084390

GoGreen* PLUS

* GoGreen Plus ist ein Service, der die Dekarbonisierungsmaßnahmen innerhalb des Logistiknetzwerks von Deutsche Post und DHL unterstützt. Durch den Einsatz alternativer Kraftstoffe und Technologien reduziert Deutsche Post und DHL den Verbrauch fossiler Kraftstoffe im Transportmodus und in Gebäuden, die für die GoGreen Plus-Sendungen genutzt werden. Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass die konkrete Sendung physisch mit Fahrzeugen oder über Anlagen transportiert wird, die diese Kraftstoffe oder Technologien verwenden. Weitere Informationen, z. B. zu konkreten Dekarbonisierungsmaßnahmen, sind verfügbar unter www.GoGreenPlus.de.

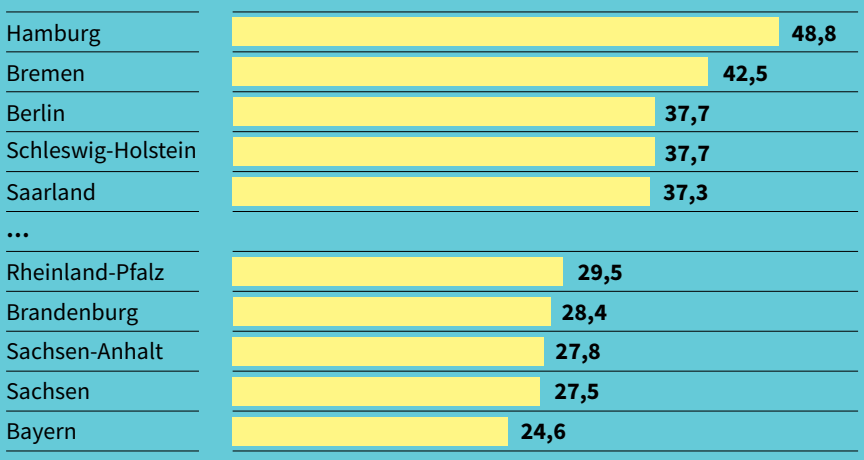
IW INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Frauen im Landtag

Die Parlamente in Deutschland sollen das Volk repräsentieren. Doch während die Bevölkerung aus etwa gleich vielen Männern und Frauen besteht, stellten Letztere im Schnitt aller Landtage zuletzt nur ein Drittel aller Abgeordneten. Dieses Verhältnis besteht fast unverändert seit Jahren. Nahezu Geschlechterparität herrscht allein in der Hamburger Bürgerschaft, Bremen kommt immerhin auf einen Frauenanteil von gut 42 Prozent. In den großen Flächenländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen entspricht der Anteil der Parlamentarierinnen lediglich dem Bundesdurchschnitt. Bayern liegt mit weniger als 25 Prozent Frauen im Maximilianeum sogar weit darunter. Im Bundestag sind weibliche Abgeordnete mit gut 32 Prozent noch etwas stärker unterrepräsentiert als im Schnitt der Landtage. In den Kreistagen und Stadträten betrug der Frauenanteil zuletzt im Mittel nicht mal 31 Prozent.

Länderparlamente: Frauen oft deutlich unterrepräsentiert

So viel Prozent der Abgeordneten in den Parlamenten der Bundesländer sind Frauen



Stand: 1. September 2026

Quelle: Statistisches Bundesamt

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche

9,38 Milliarden

Euro setzte die Gamesbranche im Jahr 2025 in Deutschland um. Das waren rund 4 Prozent mehr als im Vorjahr, aber gut 6 Prozent weniger als im bisherigen Rekordjahr 2023. Der größte Teil der Einnahmen entfiel mit rund 4,1 Milliarden Euro auf In-Game-Käufe – das sind Käufe innerhalb eines Spiels oder einer App, mit denen Nutzer beispielsweise neue Charaktere und Fähigkeiten freischalten und so oft schneller und einfacher Erfolge erzielen. Auf Platz zwei folgten mit einem Volumen von gut 3,4 Milliarden Euro die Verkäufe von Hardware wie Spielekonsolen oder Gaming-PCs. In Bezug auf die eigentlichen Spiele hat sich der Markt in den vergangenen Jahren verändert: Der Umsatz mit Online-Gamingdiensten – dazu gehören beispielsweise kostenpflichtige Abonnements, die den Nutzern den Zugang zu Spiele-Mediatheken und Funktionen wie Online-Multiplayer ermöglichen – hat inzwischen jenen aus den Verkäufen von Computer- und Videospielen auf Datenträgern oder über Downloads überholt. Im vergangenen Jahr lag er erstmals über der Marke von 1 Milliarde Euro. Das könnte sich im laufenden Jahr allerdings noch einmal ändern, da im November das von vielen Gamern sehnlichst erwartete Spiel „Grand Theft Auto VI“ erscheint. Sein Vorgänger gehört mit mehr als 230 Millionen verkauften Exemplaren zu den weltweit erfolgreichsten Spielen aller Zeiten.